

schen Verhaltensweisen und Entwicklungen hatten, miteinander ins Gespräch kommen können.

Ich bitte nun Gert Weisskirchen, daß er das erste Gespräch leitet. Ich wünsche uns allen einen guten Tag und hoffe, daß wir begreifen, daß wir auch in Europa in einem Haus sind.

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Wenn man das Jahr 1968 in den letzten beiden Ziffern vertauscht und die 6 auf den Kopf stellt, kommt eine andere Zahl heraus, nämlich das Jahr 1989. In der Tat hat 1968 etwas mit 1989 zu tun. Gestern haben wir schon über 1968 – indirekt aus westlicher Sicht – geredet. Heute reden wir über 1968 aus der Perspektive der Mitte Europas; denn Prag liegt westlicher als Wien, worauf die Prager in jener Zeit, die wir heute debattieren, immer hingewiesen haben.

Ein Zweites darf hinzugefügt werden, um die Mehrstimmigkeit der Zahl 68 deutlich zu machen. Petr Uhl, der Mann Frau Anna Sabatovas, die ich herzlich unter uns begrüße, war 1968 nicht nur in Prag, sondern auch in Paris, und er erfuhr dort, was Studentenrevolte hieß. Ein anderer 68er, der heute nicht hat kommen können, Adam Michnik, war einer der Studentenfürher in Warschau. Er ist dort einer der wesentlichen Vorantreibenden gewesen, die die Verknüpfung des Jahres 1968 zwischen Polen und Westeuropa hergestellt haben.

Ein anderer 68er, der gestern auch schon einmal erwähnt worden ist, der Freund unseres Kollegen Manfred Wilke, nämlich Rudi Dutschke, hat im April 1968 an der Prager Universität eine lebhaftige Debatte geführt, und er hat sich verwundert gezeigt, als er nach West-Berlin zurückkam, wie denn dort über die Perspektive des Jahres 1968 debattiert worden ist, nämlich eher aus einer Sicht, die man damals die eines philosophischen Existentialismus nennen konnte, während er mit einem undogmatischen marxistischem Ansatz versuchte, mit seinen Kommilitoninnen und Kommilitonen in Prag zu debattieren.

Das Jahr 1968 ist also wohl auf der einen Seite ein Jahr der Hoffnungen und auf der anderen Seite mit dem 21. August ein Jahr der Niederlage, ein Jahr des Schmerzes und der Melancholie, nämlich der Melancholie der verlorenen Selbstbestimmung der CSSR.

Alexander Dubcek hat dazu in seinem Buch „Im Namen der Freiheit“ einiges geschrieben. Ein anderer, Timothy Garton Ash, hat das Jahr noch einmal in seinem großen Buch „Im Namen Europas“ reflektiert. Er ist einer, der, damals verschlagen nach Ost-Berlin, mit einem ganz anderen wissenschaftlichen Auftrag miterlebte, wie von innen her die Zerfallsprodukte dessen, was nach 1968 eintrat, deutlich wurden, nämlich die Rekonstruktion oder in vielen Punkten überhaupt erst die Konstruktion, der Aufbau einer zivilen Bürgergesellschaft.

Zdenek Mlynar, ich frage mich häufig: Welche Bedeutung hat das Jahr 1968

für Sie gehabt? Hat es über die Niederlage hinaus vielleicht die Bedeutung gehabt, daß mit dem Sieg der Militärs nicht eigentlich etwas anderes begonnen hat, nämlich der Sieg dessen, was dort besiegt werden sollte? Breschnew sprach davon. Die damalige CSSR, 1968, sie ist der Beginn einer bürgerlichen Demokratie, einer bürgerlichen Gesellschaft. Das mußte zerstört werden.

Ist nicht mit dem Sieg der Militärs die Grundlage für den späten Sieg derer gelegt worden, die versucht haben, sich gegen die damaligen Formen der kommunistischen Nomenklatur aufzulehnen? Ich frage mich, Zdenek Mlynar: Wie hat das jemand erlebt, der 1968 selbst eine führende Rolle in der KPC, Mitglied des Präsidiums gespielt hat?

Vielleicht kann uns Zdenek Mlynar auch noch etwas Zusätzliches sagen. 1968 selbst ist ja vielleicht auch erst durch die bitteren Erfahrungen entstanden, die in den 50er Jahren gemacht worden sind. 1956 – vielleicht kann er das reflektieren. – Zdenek Mlynar, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Zdenek Mlynar: Wie ich persönlich das Jahr 1968 erlebt habe und welche Konsequenzen ich damals daraus gezogen habe, habe ich auch schon versucht, in einem Buch zu schildern, und zwar in dem Buch „Nachtfrost“. Es wurde 1978 geschrieben und ist 1988 in zweiter Auflage in Deutschland erschienen.

Am Anfang der Debatte möchte ich ein paar Bemerkungen dazu machen, wie ich die Bedeutung des Prager Frühlings für die weitere Entwicklung – nicht nur in der damaligen Tschechoslowakei, sondern auch in anderen Nachbarländern und wahrscheinlich auch für die Ost-West-Beziehungen – sehe.

Die konkreten Dinge, die ich erlebt habe, als ich zum letzten Mal die lebenden Fossilien, von Breschnew angefangen und mit Schiwkow endend, in Preßburg und an anderen Orten traf, können wir in der Diskussion als ein belebendes Moment nutzen.

In der Einleitung möchte ich drei Bemerkungen formulieren.

Erstens. Was war das Jahr 1968 in der Reihe der Versuche, das sowjetartige System nach dem Tode Stalin zu ändern? Ich würde sagen, das Jahr 1968 war wahrscheinlich der letzte noch denkbare Versuch, für das System bedeutende Reformen gleichzeitig von oben, also auf Grund einer Initiative der herrschenden kommunistischen Partei, aber auch schon von unten mit einem Druck der Gesellschaft durchzuführen. Es war aus unserer Sicht – damit meine ich die damaligen Reformkommunisten oder sogar die damalige Führung der Reformkommunisten – nicht, wie Herr Eppelmann gesagt hat, eine Utopie. Sonst hätten wir damit nicht anfangen können.

Mir wird auch immer die Frage gestellt: Habt ihr denn nicht gewußt, daß die Russen kommen müssen? Ja, das haben wir zum Teil schon gewußt. Aber man kann nicht eine neue Politik machen und gleichzeitig davon überzeugt sein, daß das nur schiefgehen kann, weil die Panzer kommen. Aus dieser Sicht war

es auch psychologisch nicht denkbar, das nur als eine Utopie zu verstehen. Aber es war meiner Meinung nach gerade im Falle der Tschechoslowakei damals nicht nur eine Utopie, sondern eine gewisse Möglichkeit, sicher eine relative und begrenzte, aber immerhin eine der Tschechoslowakei eigene Chance des praktischen Ausbaus von Sozialismus. Da es in Jugoslawien gelungen ist, haben wir geglaubt und gesagt: Warum denn nicht auch bei uns? Auch wir hatten dafür gewisse günstige Bedingungen. Das heutige Schicksal von Jugoslawien ist kein Argument dagegen, daß das jugoslawische Modell in den Jahren von 1955 bis 1965 in gewissem Sinne funktionierte und eine gewisse Anziehungskraft hatte.

Was war bei uns die besondere Realität? Warum haben wir geglaubt, es gebe innerhalb der KPC ein Reformpotential, das eine realpolitische Kraft sein könnte? Im Unterschied nicht nur zu Deutschland, wo man die DDR immer als Fortsetzung der Ostzone begriffen hatte, sondern auch im Unterschied zu Polen und im Unterschied zu Ungarn war die Tschechoslowakei ein Land, in dem nach dem Jahre 1945 das sowjetartige System doch mit gewisser Unterstützung von einem großen Teil der Bevölkerung – ungefähr 30 % oder mehr – getragen wurde. Bei den Wahlen 1946 wurde die kommunistische Partei die stärkste Partei.

Ich kann persönlich sagen – ich habe das erst nachher mit den Gefühlen von polnischen Kollegen, damals Genossen, vergleichen können –, daß ich nie das Gefühl hatte, wenn hier Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und freie Wahlen sowie – nicht am Anfang – die Konkurrenz von mehreren Parteien und die Arbeiterselbstverwaltung usw. kämen, ich an der Laterne aufgehängt gehörte. Nein, das war bei uns nicht der Fall. Wir haben eine gewisse, auch historisch begründete Unterstützung gefühlt.

Deshalb gab es diese trügerische Überzeugung, daß unsere Abhängigkeit von Moskau eigentlich nicht so wahnsinnig groß gewesen sei. Wir dachten, wir könnten uns das leisten. Der wichtigste Fehler der Reformkommunisten damals in Prag bestand meiner Meinung nach darin, daß wir die Bedeutung des Sturzes von Chruschtschow 1964 vollkommen falsch bewertet haben. Wir haben geglaubt, das brächte eine Änderung, nicht aber eine Rückkehr zu einem Neustalinismus und ein Ende der Reformen. In dieser Meinung – heute kann ich das schon ganz offen sagen – hat mich auch einer meiner Freunde und meiner Kommilitonen in Rußland bekräftigt, ein gewisser Michail Sergejewitsch Gorbatschow, mit dem ich im Jahre 1967 in Stawropol zusammenkam. Ich hatte ihm grundsätzlich schon erzählt, was wir im Sine hatten.

Er sagte: „Weißt du, Breschnew ist eine reine Übergangsfigur. Da haben sich alle geeinigt. Der schadet niemandem. Der läßt uns alles machen, was wir da unten in den Provinzen machen wollen. Chruschtschow war schon unerträglich. Der hat mir Vorschriften gemacht, ob und in welchem

Ausmaß ich Mais in Stawropol pflanzen muß. Breschnew geht in zwei bis vier Jahren. Dann kommen einige mit der Konzeption. Das, was du da erzählst, paßt möglicherweise für die Tschechoslowakei, nicht aber für uns. Aber auch bei uns ist es notwendig, eine Reform zu machen. Alle Ostblockländer müssen für ihre Entwicklung Freiraum bekommen.“ Damit war er einverstanden.

Dann aber hat sich diese Zwischenzeit der Breschnew-Herrschaft auf ungefähr 20 Jahre verlängert, und als Gorbatschow an die Macht kam, war schon alles vorbei; nicht nur in bezug auf die Generationen und nicht nur bei uns, sondern auch in der Sowjetunion.

Da sehe ich also nicht nur utopische Momente, sondern es waren Gründe dafür vorhanden, warum wir überzeugt waren, es gehe in der Tschechoslowakei. Es gab auch eine gewisse Tradition. Die damals bestimmende Generation war die, die die Jahre von 1945 bis 1948 als politisch bestimmende Periode erlebt hatte: die Volksdemokratie, die noch nicht zum Lachen bestimmt, sondern wirklich ein Versuch war, etwas zu tun, was der Nachkriegszeit entsprach.

Dies galt insbesondere in Prag, wo die Enttäuschung hinsichtlich des Parlamentarismus nach den Erfahrungen mit München noch tief in den Knochen der Bevölkerung steckte. Da die westlichen Demokratien den immerhin demokratischen tschechischen Staat Hitler ausgeliefert hatten und die Schwäche der Parteienzersplitterung spürbar war, wollte man sich auf etwas stützen. Wer war da besser als der slawische große Bruder aus der Zeit der österreichischen Monarchie? Wir haben die Russen doch immer in gewissem Sinne geliebt, aber – im Unterschied zu Polen und den anderen – auf unserem Territorium nie erlebt. Das war der große Bruder, der sich aber – so dachten wir – nie als unerwünschter Gast bei uns längere Zeit aufhalten würde. – Dies möge erst einmal genügen. Ich glaube, daß wir das in der Diskussion vertiefen können.

Zweitens. Was sind die wichtigsten Folgen? In der Tschechoslowakei, glaube ich, waren die Folgen, daß es nach 1968, nach der Niederlage des Prager Frühlings, mit der Erwartung einer Systemänderung, die von oben kommen könnte, vorbei war. Das Reformpotential innerhalb der KP wurde durch die tiefgreifenden Säuberungen ausgerottet. Da beginnt die Entwicklung, bei der die jüngere Generation – darüber wird Anna Sabatova sprechen, weil sie dieser Generation gehört – nicht mehr daran glaubte, daß innerhalb der KPC etwas zu erwarten sei. Das gilt auch für Polen. Am Nachmittag wird darüber gesprochen werden.

Der schon genannte Adam Michnik war einer der ersten, der in den Jahren 1970/71 in Paris gesagt hatte: Nach dem Prager Frühling gibt es nur eine andere Strategie, nämlich parallele Strukturen zu gründen, nicht aber darauf zu hoffen, daß sich die demokratischen Strukturen innerhalb der offiziellen Struktur entwickeln können. Später hat er gesagt: Es gilt, nicht die Parteisekretariate anzuzünden, sondern eigene zu gründen. Das war die Lehre vom Prager Frühling bei den Oppositionellen in den Nachbarländern.

Innenpolitisch ging es darum, daß sich ein Teil der Reformkommunisten als Folge der gemeinsamen Unterstützung langsam bewußt wurde, daß die politische Freiheit und die Bürgerrechte unteilbar sind. Solange ich keine Freiheit hatte, hatte die Freiheit, sich zu äußern, auch kein katholischer Theologe, der mir vorher persönlich nicht gerade so nahe stand. Aber jetzt plötzlich waren wir beide in der gleichen Lage. Das ist die Grundursache für die Möglichkeit, daß sich eine Charta 77 dann formierte. Darüber müssen wir noch sprechen.

Was die anderen sogenannten sozialistischen Länder betrifft, so glaube ich, ist das Wichtigste, was nach dem Prager Frühling kam, die Angst vor Reformen. Die Russen und die Polen und wahrscheinlich auch Ulbricht hatten nach 1956 in der Chruschtschow-Ära die große Angst, es könne zu einem Aufstand kommen. Man dachte an den 17. Juni, an den ungarischen Aufstand, an Polen, an den Oktober 1956, an Streiks usw. Jetzt war das Gespenst der Reformen da. Man dachte, damit beginnt das. Das war der Begriff der kriechenden Konterrevolution. Es steht etwas Unbemerkbare am Anfang. Daraus kann sich etwas entwickeln. Das führte dann auch dazu, daß mit den Reformversuchen Schluß war.

Das, was in Rußland dann von Gorbatschow „Stagnation“ genannt wurde, war nicht nur eine Stagnationsperiode, sondern auch eine Periode der Unterdrückung jeden Versuchs, Reformen innerhalb des Systems ernstzunehmen. Auf russisch habe ich damals den Russen gesagt: Das ist kein „sastoi“. Das ist „sastoi i sashim“. Das ist Stagnation und Unterdrückung.

Das bedeutete dann auch international, daß sogar die kommunistische Bewegung zu dem Schluß kam: So geht das nicht weiter. Irgendwie konnte man sich den Budapester Aufstand in der KPI oder in anderen Parteien noch erklären. Es hieß, ja, das ist immerhin ein Versuch einer Konterrevolution; danach kommt Graf Esterhazy. Jetzt wußte man: Die Panzer sind nicht gekommen, um ehemalige Bodenbesitzer, Kapitalisten zu arretieren, sondern um das Politbüro der KPC in Arrest zu setzen und ein revolutionäres Tribunal vorzubereiten. Da waren sie schon vorsichtig. Danach kam die Formulierung von Berlinguer: Eigentlich bevorzuge ich es, NATO-Mitglied und nicht Mitglied des Warschauer Pakts zu sein.

International war es aber, glaube ich, auch so, daß sich die sowjetische Führung verpflichtet gefühlt hat, die irrsinnige Notwendigkeit, das mit Gewalt zu unterdrücken, zu vertuschen. Eine gewisse Erleichterung bei den nachfolgenden Verhandlungen und bei der Entspannungspolitik bis hin zu Helsinki usw. hängt wahrscheinlich auf indirekte oder gar absurde Weise mit der Unterdrückung des Prager Frühlings zusammen. Zumindest ist das offiziell immer schon so behauptet worden. Ohne die Unterdrückung des Prager Frühlings wäre es aus Sicht von Breschnew undenkbar gewesen, die Schlußakte von Helsinki zu unterschreiben.

Drittens. Die Deutschlandfrage hat damals in der Tschechoslowakei in diesem Zusammenhang auch eine gewisse Rolle gespielt. Für uns als reformkommunistische Führung war die Deutschlandfrage von riesiger Bedeutung, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zuerst gab es für uns damals eine sich in statu nascendi befindende Entspannungspolitik.

Die Ostpolitik von Willy Brandt war zwar noch nicht da, aber er war immerhin schon Außenminister. Man wußte, es geht in diese Richtung. Das sage ich nicht nur in bezug auf Deutschland, sondern das sage ich auch an die Adresse der Amerikaner. Die Entspannung von damals ist nicht zu vergleichen mit der Entspannung, die es 1987 oder 1988 gab.

Es war für uns damals aber eine große Hoffnung, daß es zu dieser Entspannung kommen könnte. Wir wußten, je weiter das geht, je weniger mit der Gefahr eines Krieges oder eines Konflikts argumentiert wird, desto mehr Raum kriegen wir wahrscheinlich für unsere Entwicklung. Da wollten wir uns aber nicht einmischen. Wir wollten die russischen Behörden nicht stören.

Das war aber ein Fehler. Wir haben uns so isoliert, anstatt Unterstützung zu suchen. Dies geschah in der Befürchtung, daß wir, wenn wir international gesehen aktiv wären, Moskau provozieren würden. Wir haben Moskau zwar sowieso genug provoziert, aber es hätte dann auch eine internationale Stütze gegeben. Es gab also Isolierung.

Aus dieser Sicht gesehen waren wir nicht imstande, die damals tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen positiv zu bewerten und zu entwickeln. Es herrschte sogar Angst. Obwohl der damalige Außenminister Hajek es persönlich mehrmals wollte, ist er niemals offiziell mit einem westdeutschen Vertreter zusammengetroffen. Es gab nur ein Mittagessen im Institut für internationale Politik mit einer deutschen Delegation. Schon das führte dazu, daß Ulbricht in Berlin getrommelt hat. Es hieß: Die Tschechen wollen sich getrennt, auf eigenen Wegen und auf eigene Faust mit Deutschland arrangieren.

Da spürte man in Moskau schon eine Gefahr. Für Moskau war es wichtig, daß alle Verhandlungen zwischen Deutschland und dem Ostblock nur über Moskau führten, nicht aber getrennt verhandelt wurde. Wir standen unter dem Druck, das nicht zu verletzen. Auf der anderen Seite war die Sympathie für die sich in statu nascendi befindende Ostpolitik sehr groß.

Ulbricht hat damals versucht, aus den deutsch-tschechischen Beziehungen einen Konfliktgegenstand zu machen. Ich erinnere mich an die Verhandlungen in Preßburg am 3. August, wo alle Führer anwesend waren. Auch ich war dabei. Weil die Freunde der Sowjetunion bei uns nicht so gut russisch konnten, war ich dort als ZK-Sekretär und als Dolmetscher. Da sagte Ulbricht – er war persönlich immer sehr ehrgeizig –: „Ich bin nach Preßburg gekommen und dachte, da stehen Massen, die auch die DDR begrüßen. Aber ich habe nur gehört: 'Dubcek!' Dubcek!' Hängt das damit zusammen, daß ich die

tschechische Sprache nicht beherrsche?“ Damit hing es nicht zusammen. Niemand hat gerufen: „Es lebe Ulbricht!“

Auf der anderen Seite hat er immer darauf bestanden, daß in der sogenannten Preßburger Erklärung die Aussage steht: Der deutsche Revanchismus wird gerade jetzt zu einem gefährlichen Faktor. Wir haben im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten dagegen gekämpft. Ich weiß nicht, was da steht – es ist sowieso eine ideologische Formulierung –, aber jedenfalls nicht das Schlimmste, was die SED-Vertreter wollten, weil wir gesagt haben: Nein, wir haben jetzt eine internationale Etappe, wo uns keine Verschärfung der Konflikte mit Deutschland bevorsteht. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Nach dem kurzen heißen Sommer des Prager Frühlings von 1968 folgte dann der lange Winter der „Normalisierung“, wie ja diese Periode häufig auch genannt wurde. „Normalisierung“ mußten die in Prag erleiden und erleben, die dann begannen, von unten her sich selbst zu engagieren und sich zu konstituieren als das, was dann nachher in die Dissidentenbewegung führte, der Versuch, in der Wahrheit zu leben. Ich denke an Václav Havel und andere, auch Anna Sabatova. Ich erinnere mich ganz gut, Anna Sabatova, an die Anglicka 8, eine Wohnung in der Nähe des Wenzelsplatzes, welche die Anlaufadresse war für Begegnungen zwischen Ost und West, Dissidenten und denen, die auch aus dem Westen Interesse an der Entwicklung der inneren Umgestaltung Ihres Landes und der gesamten Region Ost- und Mitteleuropas von unten hatten.

Anna Sabatova: Das Thema, das für diese Anhörung vorgegeben wurde, ist ziemlich breit. Ich werde zuerst etwas über das Jahr 1968 sagen. In der Tschechischen Republik gibt es heutzutage eine gewisse Mode, die Bedeutung des Prager Frühlings herabzusetzen und ihn als einen Kampf zweier Machtfractionen in der Führung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei zu interpretieren; als einen Kampf, der der Mehrheit der Menschen nicht viel zu sagen hat und der mit dem heutigen Bestreben, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, nichts zu tun hat. Die Bezeichnung „68er“ nimmt in der heutigen Publizistik in der Tschechischen Republik oft einen abfälligen Anflug an.

Im Interesse der historischen Wahrheit ist es notwendig, solche Abqualifizierungen entschieden abzulehnen. Der Prager Frühling war der erste und im Grunde der einzige gesamtschechoslowakische Versuch, das damalige politische System nicht nur zu verbessern, sondern es auch zu überwinden, und zwar ein System, das in jenem Lande nach dem Februar 1948 entstanden war und sich danach 20 Jahre lang durch das Zusammenwirken zweier Faktoren an der Macht hielt: der Repression und dem Staatsdirigismus einerseits und der zuerst massiven, dann immer mehr erschlaffenden Unterstützung der Bevölkerung andererseits.

Die ganze Gesellschaft, nicht nur die Reformkommunisten, setzte sich im

Frühling 1968 in Bewegung. Diese demokratische Bewegung gefährdete das Wesen des sowjetisierten politischen Systems, selbst wenn sich die Protagonisten der Reformbewegung dessen meist nicht bewußt waren.

Erst als Folge des militärischen Eingreifens im August 1968 kam es zur sichtbaren Trennung der reformkommunistischen Strömung von der KPC, jener Strömung, die sich schrittweise seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre und dann hauptsächlich seit 1963 herausgebildet hatte.

In den 70er Jahren wirkte die reformkommunistische Strömung in der Tschechoslowakei weiter. Ihre Protagonisten, manchmal auch ihre Gefangenen, sind zu einem wichtigen Teil der pluralistischen politischen Opposition im engeren Sinn des Wortes und der unabhängigen Bewegung im ganzen geworden.

Über jene Zeit kann ich aus eigener Erfahrung berichten. Die Charta 77 war achteinhalb Jahre nach der Okkupation der Tschechoslowakei durch die Armeen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten entstanden. Die erste Hälfte der 70er Jahre war eine Zeit der tiefen gesellschaftlichen Betäubung und Hoffnungslosigkeit.

Am Anfang dieser Periode hat die Staatsmacht durch ein Dutzend politischer Prozesse die entstandene sozialistische Opposition unterdrückt. Die Opfer der Prozesse – überwiegend die Reformkommunisten, danach die Sozialisten aus der sozialistischen Partei, ehemals die Partei von Edward Benes, danach die Anhänger des Trotzismus und der extremen Linken – sind, als sie verfolgt wurden, für die nichtsozialistischen, manchmal auch antikommunistisch orientierten Personen und Gruppen glaubwürdig geworden.

Mit ihnen zusammen haben sie in den 70er und 80er Jahren kulturelle, menschenrechtliche, ökologische, religiöse, friedenspolitische oder unmittelbar politische Aktivitäten entwickelt, sei es auf der Basis der Charta 77 oder später außerhalb der Charta in anderen Initiativen.

Die 70er Jahre waren gleichzeitig die Zeit, in der Europa die Überwindung der Relikte des Kalten Krieges und die Entspannung anstrebte und in der sich der Helsinki-Prozeß der Internationalisierung der Menschenrechte vertiefte. Der tschechoslowakische Staat hatte schon im Jahre 1968 den Beitritt zum Internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte und zum Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte initiiert. In der Tschechoslowakei traten die beiden Pakte am 26. März 1976 in Kraft. Anfang Januar 1977 haben die 242 Erstunterzeichner der Charta 77 ihr erstes Dokument, die Basiserklärung, die von wichtigen Artikeln der beiden Pakte ausging und sich explizit auf sie berief, publiziert.

In der Basiserklärung ging man auf ruhige, nicht emotionale Weise die von den Pakten garantierten Menschenrechte Punkt für Punkt durch – z. B. die Freiheit der Meinungsäußerung und des Glaubens, das Recht, in Beruf und Arbeit nicht diskriminiert zu werden, das Recht auf Freiheit von Furcht, das

Recht auf Bildung, das Recht, Informationen zu sammeln und zu verbreiten, das Recht, frei zu reisen usw. In dem gleichen ruhigen Ton konstatierte man, daß diese Rechte in der Tschechoslowakei nicht eingehalten werden. Fast alle zitierten Rechte und alle Beschwerden wegen ihrer Nichteinhaltung gingen von dem ersten Pakt aus. Sie betrafen also politische und bürgerliche Rechte.

Hinsichtlich des zweiten Paktes betonte man das Recht der Arbeiter und anderer Werktätigen auf die Gründung von Gewerkschaften und das Streikrecht. Verantwortlich für die Verletzung der Menschenrechte war – der Erklärung der Charta 77 nach – vor allem die politische und staatliche Macht, aber nicht nur sie. Ich zitiere: „Jeder Mensch trägt seinen Teil Verantwortung für die allgemeine Situation.“ Die Unterzeichner der Basiserklärung gaben die Bildung der Charta 77 bekannt. Durch diese Charta übernahmen sie ihren Anteil an der Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte. In der Basiserklärung formulierte die Charta 77 auch die Grundprinzipien ihrer Arbeit. Man kann sagen, sie war Ideenerklärung und Statut in einem.

Die Charta war eine freie, informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugung, verschiedenen Glaubens und verschiedener Berufe. Diese Menschen wurden durch den Willen vereint, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und Menschenrechte in der Tschechoslowakei und in der Welt einzusetzen. – Auch das ist ein Zitat.

Die Charta war keine Organisation. Sie hatte keine ausgefeilten Statuten und keine organisatorisch bedingte Mitgliedschaft. Vor den staatlichen Behörden, vor der tschechoslowakischen Öffentlichkeit und vor der Weltöffentlichkeit wurde die Charta 77 durch drei Sprecher vertreten. Diese Sprecher verantworten auch die Authentizität der im Namen der Charta herausgegebenen Dokumente.

Mit diesen und mit ein paar nicht geschriebenen einfachen Regeln konnte die Basiserklärung der Charta als praktische und ideologische Plattform 13 Jahre lang dienen. Die innere Kraft der Charta kam aus dem Bewußtsein, daß wir recht haben und dieses Recht irgendwann einmal durch die Geschichte bestätigt werden wird. Aber es war nicht weniger bedeutsam, daß wir uns in der ganz praktischen Wirklichkeit, im Dialog mit der Staatsmacht, auf die Menschenrechtspakte berufen konnten, also auf die Spielregel, die der tschechoslowakische Staat anerkannt und mit seiner Unterschrift bestätigt hatte. Sie war die ständige Quelle des angebotenen Dialogs, auch wenn es schien, daß der Staat diesen Dialog nur durch seine Unterdrückung realisierte.

Zu den Menschenrechtspakten haben wir uns und hat sich auch die Staatsmacht bekannt, denn sie hat die Pakte ja unterschrieben – wenngleich nicht eingehalten. Wir haben deren Einhaltung ständig gefordert, und noch dazu haben wir die Weltöffentlichkeit informiert. Die Staatsmacht mußte dann

der eigenen Bevölkerung und der Welt ihre jeweilige, mit den Pakten im Widerspruch stehende Handlungsweise erklären.

Für die Leute, die lange Jahre um die Änderung der politischen Verhältnisse bemüht gewesen waren und mit der politischen Macht keine gemeinsame Sprache gefunden hatten, war jetzt auf einmal eine Kommunikationsbasis entstanden. Auf dieser Basis konnten sich alle um den Dialog über die Menschenrechte bemühen und ihn auch von der Staatsmacht fordern, weil eben auch diese sich offiziell zu denselben Ideen bekannte.

Ich setze voraus, meine Damen und Herren, daß das Bestreben, die jüngste deutsche Geschichte zu erkennen, zweifellos das Leitmotiv Ihrer lieben Einladung an mich für diese Anhörung war. Es geht Ihnen aber sicher auch darum, unsere jüngste gemeinsame Geschichte in Mitteleuropa aufzuarbeiten. Deswegen habe ich Ihnen eine Dokumentation über die Zusammenarbeit der Charta 77 und anderer Bürgerinitiativen mit ähnlichen Gruppen in den Nachbarländern einschließlich der damaligen DDR mitgebracht.

Es ist in einem bestimmten Sinn eine vollständige Dokumentation und meiner Meinung nach bisher ziemlich einmalig. Ich bin zwölf Jahrgänge der Zeitschrift „Informationen über die Charta 77“, „Infoch“, durchgegangen. Die Zeitschrift ist von Januar 1978 bis November 1989 herausgekommen; einmal alle drei bis vier Wochen, in den letzten zwei Jahren schon alle 14 Tage. „Infoch“, wie wir sie genannt haben, hat alle Dokumente der Charta 77 und alle Kommuniqués des Ausschusses für die Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten, „VONS“, den die Chartisten im Jahre 1978 gegründet hatten, veröffentlicht. In „Infoch“ wurden auch die verschiedenen Petitionen, Artikel, Interviews, Feuilletons und kurze Nachrichten über die Tätigkeit der Charta und der anderen, immer zahlreicher werdenden Initiativen publiziert.

Ich habe alle Texte, die die Zusammenarbeit der Charta mit den demokratischen Bewegungen anderer osteuropäischer Staaten betreffen, gesammelt. Es sind einige hundert Seiten. Die häufigsten Kontakte haben wir mit polnischen Freunden gehabt. Eine wichtige Rolle dabei spielte die kulturelle und sprachliche Nähe zu Polen. Dann folgten die Kontakte mit Demokraten aus der DDR und Ungarn.

Erst am Ende des Jahres 1988 haben wir es geschafft, direkte Kontakte mit einigen sowjetischen Menschenrechtlern anzuknüpfen. Mit der bulgarischen und rumänischen Opposition haben wir leider keine Kontakte gehabt.

Die Anfänge in den 70er Jahren waren sehr bescheiden. Vom ersten Briefwechsel über die ersten Zusammentreffen mit Freunden aus Berlin, Leipzig, Dresden und Jena, die zu uns nach Prag kamen, ist es uns schließlich gelungen, größere gemeinsame Aktionen zu koordinieren. Zum Beispiel konnten wir im Februar 1988 eine Solidaritätserklärung für Bärbel Bohley, Lotte und Wolfgang Templin, Ralf Hirsch und Werner Fischer organisieren.

Wir haben damals – unter den Bedingungen des Totalitarismus – zusammen mit Warschauer und Budapester Freunden im Laufe einer Woche 84 Unterschriften aus Polen, 78 aus Ungarn, 75 aus Jugoslawien, 4 aus der Sowjetunion und 17 von Vertretern von neuen unabhängigen tschechoslowakischen Gruppen unter die Solidaritätserklärung gesammelt.

Meine Aussage werde ich mit einem kurzen Resümee über die Kontakte zwischen den tschechoslowakischen Menschenrechtlern und den DDR-Menschenrechtlern und Friedensaktivisten schließen. In erster Linie haben wir uns bemüht, über die unabhängige demokratische Bewegung und über die politische Unterdrückung zu informieren. Von den in „Infoch“ veröffentlichten Texten der Periode von 1978 bis 1989 bringt solche Auskünfte ungefähr die eine Hälfte der Texte, die zweite Hälfte informiert über Solidaritätsaktionen. Fünf Materialien davon referieren über die Petitionen, an denen außer den tschechoslowakischen Aktivisten und DDR-Aktivisten auch Gruppen von anderen ost- bzw. westeuropäischen Ländern teilgenommen haben.

Das erste von 39 Dokumenten zur politischen Opposition in der DDR, deren Kopien ich Ihnen zusammen mit den anderen Texten vorlege, ist der Protest des Ausschusses für die Verteidigung der zu Unrecht Verfolgten gegen das Urteil im Fall Rudolf Bahro. Die vorgelegte Sammlung endet mit der Solidaritätserklärung der Charta 77 und des „VONS“ mit den im Oktober 1989 in Leipzig inhaftierten demokratischen Aktivisten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): Herzlichen Dank. – Anna Sabatova war selber eine Zeitlang Sprecherin der Charta 77. Es ist toll, daß sie uns Materialien überläßt. Wir können das gut gebrauchen. Wir brauchen dann allerdings auch eine gute und sorgfältige Übersetzung der Texte.

(Anna Sabatova übergibt die Dokumente dem Vorsitzenden Rainer Eppelmann – Beifall)

Es schließt sich fast zwangsläufig dann auch die Frage an, wie die innere Kooperation innerhalb der damaligen sozialistischen Staaten – man zögert fast, diese Worte zu benutzen, aber sie hießen nun einmal so – aussah, was sie voneinander gelernt haben und wie sie aufeinander verwiesen haben. Nicht zuletzt das Jahr 1989 – darauf hat ja auch Timothy Garton Ash noch einmal in aller Deutlichkeit hingewiesen – hat ja etwas zu tun mit der Entwicklung der inneren Opposition und den Dissidenten in den unterschiedlichen Staaten Ost- und Mitteleuropas. Gerd Poppe, gewiß einer der wichtigsten Vertreter der Oppositionsbewegung in der damaligen DDR, hat das Wort.

Gerd Poppe, MdB: Ich möchte das, was bisher Zdenek Mlynar und Anna Sabatova aus ihrer tschechischen Sicht geschildert haben, ein wenig aus der Sicht der damaligen DDR-Opposition beschreiben. Robert Havemann schrieb in der Zeitung „Die Zeit“ am 31. Mai 1968 zum Prager Frühling: Er wäre „ein Versuch, den Teufelskreis des Stalinismus zu durchbrechen. Ein Versuch, Demokratie und Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen.“ Havemann

erwähnt im gleichen Text ausdrücklich Rosa Luxemburgs Satz: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“

20 Jahre später, im Januar 1988 in Berlin, wird dieser Satz erneut verwendet: auf Transparenten von Bürgerrechtlern und Ausreisewilligen, die längst jede Illusion verloren haben über die Verknüpfung des sogenannten realen Sozialismus mit Demokratie. Diese Tage im Januar 1988 sind wohl der Anfang vom Ende der DDR. Bis dahin vergeht aber noch eine lange Zeit.

1968 gibt es noch Hoffnung, eine Aufbruchstimmung, die auch im Zusammenhang steht – davon war gestern schon die Rede, und Gert Weisskirchen hat heute noch einige Verknüpfungen benannt – mit den Ereignissen in Paris und im Westteil Berlins, vor allem aber mit der Tatsache, daß in Prag der verhaßte stalinistische KP-Chef Novotny gestürzt wurde. Intellektuelle, Künstler und Arbeiter und vor allem auch junge Menschen in der damaligen DDR hofften darauf, daß Ulbricht der nächste sein werde. Sie hofften auf Erfolge der angekündigten Reformen in Prag.

In der deutschsprachigen Ausgabe der Prager Volkszeitung, die seinerzeit von Tausenden DDR-Bürgern abonniert wurde, war zu lesen, daß die Wirtschaftsreform nur Erfolg haben könne, wenn sie mit der Demokratisierung verbunden werde; daß Demokratisierung zunächst zwar innerhalb der Partei, dann aber darüber hinaus durch Gründung weiterer Organisationen geschehen solle, daß das Arbeitsleben demokratisiert werden solle, daß z. B. Betriebsräte gebildet werden; daß Rechtsstaatlichkeit entwickelt werden soll, d. h. vor allem Gewaltenteilung. Des weiteren hieß es, daß es Presse- und Meinungsfreiheit geben solle. All das wurde in der DDR mit großer Sympathie verfolgt.

Ein möglicher Systemwechsel schien sieben Jahre nach dem Mauerbau in weiter Ferne zu liegen. Veränderungen in der DDR schienen aber im Falle eines Erfolgs der tschechoslowakischen Reformkommunisten durchaus denkbar, selbst wenn im Augenblick kein potentieller SED-Reformer in Sicht war. Ein Erfolg des Prager Frühlings hätte möglicherweise solche Reformer auf der Bildfläche erscheinen lassen, so dachte man, bestimmt aber die Freiräume für die Opposition vergrößert.

Ich will das Scheitern des Prager Frühlings hier nicht analysieren. Dafür gibt es Berufenere an diesem Tisch. Zdenek Mlynar hat darüber sehr viel geschrieben und heute auch schon einiges dazu gesagt. Für mich von Bedeutung in meinem Eingangsbeitrag ist, daß wir mit dem Scheitern des Prager Frühlings die sogenannte Königsebene verlassen können, zu der ja auch noch Dubcek und seine Mitstreiter gehörten, ebenso wie die stalinistischen Machthaber der intervenierenden Staaten sowie auch die sich vor allem auf mehr oder weniger kluge Kommentare beschränkenden Politiker des Westens, von denen einige ja auch eher erleichtert über das Scheitern schienen, um uns anderen Akteuren zuzuwenden, denjenigen, die die folgenden 21 Jahre außerhalb der offiziellen Politik tätig wurden, in der Tschechoslowakei, in Polen, in Ungarn und später

auch in der DDR, und die so wichtige Voraussetzungen für die Ereignisse des Jahres 1989 schufen.

Auf verschiedene Erfahrungen von 1968 konnten sie dabei zurückgreifen, vor allem auf die beeindruckenden Beispiele gewaltfreien Widerstands, die die Prager Bevölkerung in jenen Tagen der Weltöffentlichkeit vorführte.

In der DDR waren die Proteste immer sehr viel unscheinbarer, und es geschah, wenn überhaupt etwas geschah, alles immer sehr viel später als in Polen und in der Tschechoslowakei. Immerhin führte der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten, insbesondere Ulbrichts Rolle bei der Zerschlagung des Prager Frühlings wie auch die Beteiligung von NVA-Soldaten, zu Protesten von Arbeitern, Intellektuellen und Jugendlichen. Es gab Flugblattaktionen in Ost-Berlin. Diverse Verhaftungen waren die Folge. Beeindruckend ist auch die Zahl von Solidaritätsbekundungen in der tschechoslowakischen Botschaft in Berlin trotz der massiven Stasi-Präsenz.

Auch für mich wurde die Formulierung eines Protestschreibens und dessen Übergabe am 21. August 1968 in der Botschaft zum ersten eindeutig und öffentlich vorgetragenen Protest gegen das SED-Regime. Die üblichen Kampagnen der SED – Begrüßung der Maßnahmen durch die Arbeiter in den Betrieben usw. – waren weit weniger erfolgreich, als sich die SED-Führung das erhoffte. Sie wurden deshalb in vielen Betrieben schnell wieder eingestellt, worauf auch gestern schon hingewiesen wurde.

Bemerkenswert ist eine gewisse Langzeitwirkung des Prager Frühlings in der DDR. Einige seiner Ideen erreichten die DDR erst geraume Zeit nach dem Einmarsch, wobei sich allerdings eher die kleinen oppositionellen Zirkel mit ihnen befaßten, als daß sie Gegenstand eines öffentlichen Diskurses wurden.

Solche Diskussionen im kleinen Kreis hatten nun natürlich vor allem zum Inhalt, ob der Sozialismus überhaupt demokratisierbar sei, ob von oben oder von unten, wer die Träger von Veränderungen sein könnten, ob sie sich in die Institutionen begeben oder von ihnen unabhängig werden sollten. Viele wollten die Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus nicht aufgeben, wengleich sie nicht unbedingt mit einer Neuauflage des Prager Frühlings rechneten.

Auch in diesem Zusammenhang will ich Havemann erwähnen. Noch wenige Wochen vor seinem Tod sagte er mir, er könne sich durchaus noch einen derartigen Versuch vorstellen. Dieser müsse dann aber in der Sowjetunion selbst zustande kommen. Vier Jahre später war es soweit. Gorbatschow erschien als Star auf der politischen Bühne. In diesem Punkt hat Havemann also recht behalten – in einem anderen wohl weniger: Nicht der Wille, Demokratie durchzusetzen, sondern der bevorstehende Zusammenbruch des Imperiums verschaffte Gorbatschow den Auftritt. Wir diskutierten auch gestern schon darüber.

Zurück nach Prag. Ich springe vom Jahr 1968 in das Jahr 1977. Erneut kam von dort der Anstoß, der unsere unfruchtbaren Diskussionen einer Klärung zuführte. Gemeint ist die Gründung der Charta 77 – Anna Sabatova hat das soeben beschrieben – mit einer Liste von Hunderten von Unterschriften in wenigen Wochen, darunter auch etliche Prominente von 1968. Es war eine Liste, von der wir bis zum Herbst 1989 in der DDR vergeblich träumten.

Auch die persönlichen Opfer, die Charta 77-Signatäre brachten, waren unvergleichlich höher als die der damaligen und späteren DDR-Dissidenten. Man denke z. B. an die mehrfachen Gefängnisaufenthalte von Václav Havel oder Petr Uhl.

Die tschechische Polizei bzw. Staatssicherheit ging in den 70er und 80er Jahren entschieden härter gegen Dissidenten vor als beispielsweise die DDR-Stasi. Es gab auch andere bemerkenswerte Unterschiede. Als ich gestern Anna Sabatova begrüßte, fiel mir die Geschichte von den beiden Stühlen ein, die in den späten 70er Jahren vor ihrer und Petr Uhls Wohnungstür standen, in der Anglicka 8, als ich sie damals ein letztes Mal besuchen konnte. Auf meine Frage erklärten Anna und Petr, daß die Stühle normalerweise von zwei Sicherheitsbeamten besetzt seien, die sie auf Schritt und Tritt verfolgten, sobald sie die Wohnung verließen. An jenem Tag aber blieben die Stühle leer, weil die Stasileute zwei Tage in der Woche frei hatten. Dies wäre nun allerdings in der Hauptstadt der preußischen Einheitssozialisten undenkbar gewesen. Dennoch ist die Geschichte nur in begrenztem Maße lustig, zumal wenn man weiß, daß dieser Zustand zweieinhalb Jahre andauerte und mit der erneuten Verhaftung von Petr Uhl endete.

Es geht mir auch weniger um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede unserer jeweiligen Verfolger, sondern mehr um die Langzeitfolgen, die die Gründung der Charta 77 in der DDR auslöste. Mit der gebotenen Verspätung gründete eine Handvoll Leute acht Jahre danach in Berlin die Initiative Frieden und Menschenrechte in der DDR. Dies war ganz im Stil der Charta, wenn auch auf viel kleinerer Flamme. Es gab drei Sprecher und Verlautbarungen zu wichtigen politischen Ereignissen, die mit Hilfe von Journalisten oder guten Freunden in den Westen gerieten, sowie die Herausgabe von Untergrundpublikationen, die mit vorsintflutlichen Methoden hergestellt wurden.

Wichtiger noch als die vergleichbare Praxis waren die inhaltlichen Gemeinsamkeiten. Ziel war nicht mehr die zaghafte Reform des Einparteienstaates, sondern der Wiederaufbau einer Zivilgesellschaft – dies auch als wesentlicher Unterschied der ostmitteleuropäischen Länder, die ja eine zivile Gesellschaft von früher her kannten, gegenüber der Sowjetunion. Die sozialistische Utopie wurde nun mit der gebotenen Skepsis betrachtet. Es ging weniger um die Demokratisierung des Realsozialismus als um die Demokratie schlechthin und um die Durchsetzung der Menschenrechte, wobei die UNO-Pakte wie auch die Ergebnisse der KSZE zur Begründung herangezogen wurden. Auch das

haben wir gehört. Wir sprachen auch gestern davon. Während für die erwähnte „Königsebene“ die Schlußakte von Helsinki vor allem den seit Jalta nur leicht modifizierten Status quo festschrieb, bedeutete sie für die dissidentischen Kreise über den Korb III vor allem die Möglichkeit, eben diesen Status quo in Frage zu stellen.

Der ostmitteleuropäische Dissident handelte legitim, was nicht gleichbedeutend mit legal war. Er scheute sich nicht vor kleinen, pragmatischen Schritten und ging diese mit der Selbstverständlichkeit desjenigen, der mit seinem Handeln den gewünschten Zustand vorwegnimmt, wohl um die Gefahren wissend, aber die eigene Furcht überwindend. „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ hatte Václav Havel das genannt. Hinzu kam, wie auch von Anna beschrieben, das permanente Dialogangebot an den Staat, das allerdings immer ausgeschlagen und ignoriert wurde.

So vorzugehen bedeutete natürlich, daß die Jahre zuvor diskutierte Frage nach Reformmöglichkeiten innerhalb der offiziellen Institutionen längst mit einem negativen Ergebnis entschieden war. Statt dessen wurden nun ganz bewußt eigene Strukturen entwickelt. Unverzichtbar war dabei vor allem die Herstellung von Öffentlichkeit. Ohne sich permanent um Öffentlichkeit zu bemühen, hatten Dissidenten nicht die geringste Chance. Öffentlich zu werden war sowohl die geeignete Antwort auf die Konspiration der Machthaber als auch der einzige Schutz vor ihnen.

Vielen westlichen, vor allem auch westdeutschen Politikern blieben solche Bemühungen offenbar suspekt oder weltfremd. Oft wurden sie als störend empfunden. Wandel durch Annäherung – oder welche Formeln auch immer benutzt wurden – hieß immer nur, sich den Machthabern zu nähern, mitunter auch für uns auf recht unziemliche Weise. Wann jemals wäre es einem Mitglied der Bundesregierung oder einem führenden Oppositionspolitiker eingefallen, beispielsweise die Nähe zu Jiri Dienstbier zu suchen, als der sich noch in seinem Heizungskeller aufhielt? Als er dann recht unvermittelt seine Kohleschaufel abstellte, um sogleich darauf im Sessel des Außenministers Platz zu nehmen, änderte sich das schlagartig.

Ich erinnere mich an diverse Vorhaltungen aus westlichen Politikfeldern, wir sollten doch unseren Aktionismus unterlassen. Statt dessen sollten wir ganz geduldig auf die Ergebnisse warten, die den diplomatischen und wirtschaftlichen Bemühungen eines Tages ganz sicher folgen würden. Zuerst müsse nun mal der Frieden gesichert werden. Demokratie und Menschenrechte würden dann eines Tages als später Lohn winken. Umgekehrt würde dissidentisches Tun die östlichen Staaten auf gefährliche Weise destabilisieren und damit objektiv friedensgefährdend sein.

Die Annäherung hat den Wandel nicht herbeigeführt, wohl aber zeitweise die Macht stabilisiert. Das Gegenkonzept von Havel und anderen hieß: „Die Macht der Machtlosen“. Möglicherweise ist auch diese Gegenmacht durch

die Annäherung an die Machthaber gestärkt worden. Dies geschah aber wohl eher unbeabsichtigt, wie Tim Garton Ash in seinem neuen Buch an mehreren Stellen nachweist.

Ein letztes Beispiel für die wesentlichen Impulse, die von der tschechischen und slowakischen Opposition ausgingen, möchte ich noch anführen, den Prager Appell vom März 1985. Er ist an die Konferenz für europäische nukleare Abrüstung in Amsterdam gerichtet, also an die Friedensbewegung.

Ein Zitat möge belegen, wie sich der Friedensbegriff ostmitteleuropäischer Oppositioneller abhebt von dem, was gängigerweise unter Frieden verstanden wurde:

„Nur freie und würdige Bürger können die Freiheit und Selbstbestimmung der Nationen garantieren. Und nur souveräne Nationen können Europa als eine Gemeinschaft gleichberechtigter Partner begründen, von dem nicht die Gefahr eines globalen Krieges in die Welt ausstrahlt, sondern das ein Beispiel für wirkliches friedliches Zusammenleben ist.“

Inzwischen ist die Jalta-Teilung beendet. Aber für die meisten von uns unerwartet haben sich neue Gefahren eingestellt: Krieg und Nationalismus mitten in Europa. Der tschechische, slowakische, polnische und ungarische „Traum von Europa“ hat sich nur zum Teil erfüllt.

Ein weiterer Satz des Prager Appells möge beweisen, daß wir allen Grund haben, sehr aufmerksam auf unsere ostmitteleuropäischen Freunde zu hören:

„Wir können auch einigen bisherigen Tabus nicht aus dem Wege gehen. Eines davon ist die Teilung Deutschlands. Wenn man in der Perspektive der europäischen Einigung niemandem das Recht auf Selbstverwirklichung streitig machen kann, dann gilt das auch für die Deutschen.“

Das war also am 11. März 1985, zufällig an dem Tag, an dem Robert Havemann 75 Jahre alt geworden wäre, und es war das Jahr, in dem Gorbatschow die Hauptrolle im letzten Akt des sowjetischen Stücks übernahm. Selbstverständlich kommt der Begriff des demokratischen Sozialismus im Prager Appell nicht mehr vor, auch lange zuvor schon nicht mehr.

Was aber machten wir – also besagte Handvoll ostdeutscher Oppositioneller – in unserem Antwortbrief im Juni 1985? Wir schrieben den Begriff wieder rein. Es dauerte eben alles etwas länger in der DDR. Den europäischen Traum übernahmen wir, den deutschen aber packten wir ganz vorsichtig, noch ganz ungläubig, in jenen ein.

Es dauerte noch bis zum 10. Dezember 1987, dem Tag der Menschenrechte – fast 20 Jahre nach dem Beginn des Prager Frühlings –, an dem die Initiative Frieden und Menschenrechte in einer grundsätzlichen Erklärung vollständig auf den Sozialismus-Begriff verzichtete. Ein Stasi-Offizier wies mich im Verhör darauf hin. Ich hatte das als Mitautor selbst nicht einmal bemerkt. Auch dies muß der Ehrlichkeit halber einmal gesagt werden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Gert Weisskirchen (SPD): 1968 und danach schien es so, als wenn das regierende Europa den Status quo von Jalta verinnerlicht hätte. Aber wir haben ja durch die Erklärungen, die wir jetzt gehört haben, gesehen, daß sich aus dem Innern etwas anderes entwickelte. Zunächst allerdings war es so, daß dem europäischen Osten sein unglückliches Bewußtsein blieb, wie György Konrad es ausgedrückt hat.

Aber es gab auch anderes. Es gab welche, die versuchten, das zu durchkreuzen, und ein neues Europa reifte von unten heran. Tim Garton Ash hat das zunächst in seinem ersten großen Buch „Die Abwahl des Jahrhunderts“ und nun in seinem zweiten Buch beschrieben.

Aber es gab noch andere Personen, die dagegen aufgestanden sind. Als einen von ihnen möchte ich ganz herzlich Frantisek Czerny unter uns begrüßen, den Gesandten der Tschechischen Republik, und zwei andere Deutsche, Rudi Pahnke und Eva Quistorp, die ebenfalls unter uns sind. (Beifall)

Tim, wie haben Sie als Engländer das beobachtet, was in der Mitte Europas vor sich ging: Die Deutschen, verzagt und zurückhaltend, und die anderen, die Tschechen und die Slowaken, anders, mutiger, so wie es aussah?

Timothy Garton Ash: Ich möchte zunächst sagen, daß ich mich sehr freue, hier aussagen zu können. Ich halte die Enquete-Kommission in der Tat für eine sehr wichtige und gute Sache. Ich glaube, gerade die wissenschaftliche und publizistische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach 1945, auch in der Zeitgeschichtsschreibung, ist wirklich vorbildlich gewesen. Sie hat viel zur Vertiefung der Demokratie in der alten Bundesrepublik beigetragen. Ich kann mir denken, daß das auch im Falle der SED-Diktatur langfristig die beste und wirksamste Form der Aufarbeitung dieser Vergangenheit sein wird.

Es ist schon viel Richtiges und Wichtiges gesagt worden. Ich möchte mich nur auf zwei Aspekte konzentrieren, und zwar zum einen auf das Verhältnis – es ist schon angesprochen worden – zwischen westlicher Ostpolitik – nicht nur deutscher, aber vor allem der deutschen Ostpolitik und Entspannungspolitik – und dem Prager Frühling und der Entwicklung in der Tschechoslowakei danach. Zum zweiten geht es mir um die Folgen, um die Zusammenhänge zwischen 1968 und 1989.

Erst einmal eine ganz banale Feststellung: Der Prager Frühling ist offensichtlich keine Folge der Entspannungspolitik gewesen, weil es diese Entspannungspolitik vorher nicht gab. Zwar gab es sie sicher ansatzweise im Konzept bei Willy Brandt als Außenminister. Sie haben das auch angesprochen. Das hat auch Hoffnung gegeben. Aber es gab sie noch nicht in der Praxis. Die Ostverträge gab es noch gar nicht; im Gegenteil: Es war ja noch möglich, bis zu einem bestimmten Grade sogar öffentlichkeitswirksam in Osteuropa den Einmarsch in die Tschechoslowakei mit der angeblichen deutschen Bedrohung, der Bedrohung durch den deutschen Revanchismus, zu rechtfertigen, was 1981 nicht mehr so möglich war, geschweige denn 1989.

Dann stellt sich natürlich die Frage, wie sich die Normalisierung à la Husak zu der Normalisierung à la Willy Brandt verhält. Michel Debré, der französische Außenminister, hat einmal gesagt, der Einmarsch in der Tschechoslowakei sei ein Verkehrsunfall auf der Straße zur Détente. Ich glaube, man muß nüchtern feststellen, daß der Einmarsch nicht nur ein Verkehrsunfall auf der Straße zur Détente war, sondern gewissermaßen die Mautstation auf der Straße zur Entspannungspolitik und gerade zur deutschen Ostpolitik.

Richard Löwenthal schrieb, daß die Sowjets gerade jetzt – also im Frühjahr 1969 –

„zu einer flexibleren Diplomatie zurückfanden, war sicher teilweise die Folge der Tatsache, daß sie sich nach der gewaltsamen Niederschlagung des tschechischen Reformkommunismus im eigenen Machtbereich sicherer fühlen konnten. Wandel durch Annäherung war nicht mehr zu fürchten.“

Normalisierung à la Husak war also gewissermaßen eine Voraussetzung für die Normalisierung à la Brandt.

Dann stellt sich eben die Frage: Wie könnte die Wirkung in der anderen Richtung sein, nämlich von West nach Ost? Hat die außenpolitische Normalisierung der Ostpolitik in der Tschechoslowakei die Normalisierung à la Husak, also den Versuch, eine europäische Gesellschaft mit Gewalt und Androhung von Gewalt und Einschüchterung und Gleichschaltung den sowjetischen Normen wieder anzupassen, erleichtert, oder hat sie im Gegenteil längerfristig eine Normalisierung im westlichen Sinne erleichtert?

Dazu möchte ich an dieser Stelle einen Zeugen zu Wort kommen lassen. Er heißt Václav Havel und sprach noch im Herbst 1989 in der Frankfurter Paulskirche wie folgt:

„Ihr Land hat einen großen Beitrag zur modernen europäischen Geschichte geleistet: die erste Welle der Entspannung durch seine bekannte Ostpolitik. Doch auch dieses Wort konnte so manches Mal ganz schön doppeldeutig sein. Es bedeutete selbstverständlich den ersten Hoffnungsschimmer für ein Europa ohne Kalten Krieg und Eisernen Vorhang; zugleich aber – leider – bedeutete es nicht nur einmal auch den Verzicht auf Freiheit und damit auf eine grundlegende Voraussetzung jedes wirklichen Friedens: Ich erinnere mich immer noch, wie zu Beginn der 70er Jahre einige meiner westdeutschen Freunde und Kollegen mir auswichen aus Furcht, daß sie durch einen wie auch immer gearteten Kontakt zu mir, den die hiesige Regierung nicht gerade liebte, eben diese Regierung überflüssigerweise provozieren und damit die zerbrechlichen Fundamente der aufkeimenden Entspannung bedrohen könnten.“

Soweit Václav Havel. Man kann natürlich die Gründe aufzählen, z. B. die Tatsache, daß Ost- und Mitteleuropa sowieso nur an sehr untergeordneter Stelle, nämlich an dritter Stelle, in der Ostpolitik standen. Gewissermaßen

mußte das auch so sein, und zwar bedingt durch die Tatsache, daß sich die zwischenstaatliche Normalisierung sowieso so schwierig gestaltete.

Man muß auch sicherlich die positiven Seiten des Entspannungsprozesses – auch in der Tschechoslowakei – sehen, nämlich die Tatsache, daß das Feindbild Deutschland nach diesen 20 Jahren 1989 überhaupt nicht mehr wirksam war. Die Berufungsmöglichkeiten vor allem auf die KSZE, die schon von Anna Sabatova und Gerd Poppe erwähnt worden sind, und das Helsinki der menschlichen Kontakte haben sicher eine Rolle gespielt. Aber, ich glaube, daß dieser Aspekt – von Havel sehr pointiert angesprochen – nicht vergessen werden sollte. Das gilt übrigens weitgehend noch bis tief in die 80er Jahre hinein. Auch Gerd Poppe hat das gerade erwähnt.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf die Folgen. Sie, Herr Mlynar, haben eine interessante Formulierung gebraucht, als Sie sagten, der Prager Frühling sei der letzte noch denkbare Versuch gewesen, den Kommunismus von oben mit Unterstützung von unten zu reformieren. Ich würde sagen, es war tatsächlich der letzte Versuch, der stattgefunden hat, den Kommunismus von oben mit tatsächlicher Unterstützung von unten zu reformieren. Aber er war noch denkbar.

Das ist ein bißchen wie die Ehe von Romeo und Julia. Weil sie nicht zustande kam, kann man nicht wissen, wie sei ausgegangen wäre. Ich sehe eine sehr wichtige Schlußfolgerung – Sie haben es vorhin erwähnt –, und ich will es nur unterstreichen. Sie lautet – in der schönen Formel von Leszek Kolakowski –: Der demokratische Kommunismus sei wie gebratene Schneebälle. Ein Widerspruch in sich. Das heißt, die Lehren, die gerade in Polen, aber dann eben auch bei der Charta 77 – ich denke an den berühmten Essay „Die parallele Polis“, aber auch an den neuen Revolutionismus von Adam Michnik – gezogen wurden, beinhalten, daß man es anders versuchen müßte, und zwar mit einer Strategie der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Das ist die wichtigste Kausallinie zwischen Prag 1968 und Gdansk August 1980, worüber wir heute nachmittag noch sprechen werden.

Ich glaube aber, daß dieses noch Denkbare auch im Jahre 1989 eine wichtige Rolle gespielt hat, nur eben nicht in Prag. Zwar ist das schöne graphische Spiel, das Sie erwähnten, nämlich die Ziffern 68 umgestellt, in Prag erfunden worden – ich habe es an einem Fensterladen im November 1989 in Prag zum erstenmal gesehen –, aber dort traf es nicht zu. 1989 war dort eben nicht 1968.

Ich denke, an drei Stellen in Europa hat diese Hoffnung eine Rolle gespielt: Zum einen – Gerd Poppe hat es erwähnt – in der DDR, wo man gerade in Oppositionskreisen gewissermaßen noch die Hoffnung auf einen dritten Weg, auf einen demokratisierten Sozialismus, gehabt hat, zum anderen noch viel mehr in zwei Städten, und zwar in Moskau und in Bonn. Das Wichtigste war natürlich Moskau.

Es steht fest, daß die berühmte Antwort von Gennadij Gerassimow auf die Frage, 1987 in Prag gestellt, „Was ist der Unterschied zwischen dem Prager Frühling und dem, was jetzt in Moskau passiert?“, „19 Jahre“ nicht einfach ein Scherz war, sondern einen tieferen Sinn gehabt hat. So war die Reformpolitik Gorbatschows – auch der Leute um Gorbatschow herum, nicht zuletzt durch den persönlichen Einfluß von Zdenek Mlynar mit seinem alten Zimmerkameraden Michail Sergejewitsch, aber auch beispielsweise durch Jakowlew, der 1968 viel in Prag war und die ideologischen Lehren, also der Prager Frühling als eine große verpaßte Chance, verstanden hat – gewissermaßen der Versuch, zum zweitenmal einen Prager Frühling zu gestalten, aus der Mitte heraus. Gorbatschow sprach noch 1989 vom Sozialismus mit menschlichem Gesicht. Diese Illusionen waren sicherlich spätestens dann äußerst hilfreich, sogar entscheidend für die Entwicklungen in Ostmitteleuropa im Jahre 1989. Denn wenn die sowjetische Führung diese illusionäre Hoffnung nicht gehabt hätte, hätte sie es gar nicht versucht, einen Reformkommunismus nach Ostmitteleuropa zu bringen.

Neulich war wieder ein angebliches Komplott im Gespräch, also eine Verschwörungstheorie zu den Ereignissen von 1989. Die sowjetischen Vorstellungen gingen meines Wissens nicht viel weiter darüber hinaus, daß man über den Weg einer Reform von oben, über kleinere Gorbatschows in Osteuropa zu einer allmählichen, kontrollierten Annäherung der beiden Teile Europas und auch Deutschlands kommen könnte – aber eben nicht mehr.

Ich glaube feststellen und beweisen zu können, daß die Hoffnung des Prager Frühlings eine gewisse Rolle gerade in der Ostpolitik von Teilen der westeuropäischen Linken, insbesondere der SPD – ich sage es ganz vorsichtig: in Teilen der SPD –, in den achtziger Jahren gespielt hat. Der Reformgedanke war nämlich ein Kerngedanke des Konzeptes beispielsweise von Egon Bahr und auch von Horst Ehmke. Deswegen oder auch deswegen hat man sich so sehr auf die kommunistischen Machthaber konzentriert. Aber das Ergebnis ist höchst paradox. Ich glaube in der Tat, daß gerade die Illusionen insbesondere so mancher westdeutschen Sozialdemokraten – natürlich nicht nur – die Illusion der sowjetischen Reformpolitik, auch die Gorbatschows, verstärkt haben. Er fand sein Wunschenken, was die Reformierbarkeit des Kommunismus anbelangt, durch die Tatsache bestätigt, daß auch westliche Sozialdemokraten das Ganze gewissermaßen so sahen. So ist das Ergebnis der Geschichte höchst paradox. Die Geschichte ist viel listiger als wir.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Die Geschichte geht ja auch weiter!)

Die Frage ist – damit will ich abschließen –, ob man eine solche illusionsträchtige Politik, genährt durch die Illusionen anderer, die am Ende noch hilfreich waren, als Erfolg auf dem eigenen Konto verbuchen kann. (Beifall)

Prof. Dr. Zdenek Mlynar: Ich fühle mich angesprochen. Ich bin der Meinung, es geht darum, daß wir das, was hier kritisiert wurde, heute nicht wiederholen.

Was mir nicht ganz gefällt, ist, daß manchmal die Neigung zu beobachten ist, daß diejenigen als Gesprächspartner bezüglich des Geschehens im ehemaligen Ostblock zur Kenntnis genommen werden, die heute an der Macht sind. Diejenigen, die heute eine gewisse Art Opposition darstellen, sind manchmal dieselben. Das schreiben heute Petr Uhl und ich in der „Praha“ oder in der „Pravo“. Das ist absurd; aber es ist so. Ich tue das aber nicht deshalb, weil ich nicht damit einverstanden bin, was dort geschehen ist, sondern weil ich gewisse Vorbehalte habe. Darum bin ich für viele manchmal nicht mehr der richtige Gesprächspartner. Hier nicht, hier sitzen wir alle zusammen. – Das halte ich für die wichtigste Lehre aus der Vergangenheit.

Ansonsten möchte ich sagen: Es hat keinen Sinn, verschiedene Grunderlebnisse, die unterschiedliche Generationen in ihrem Lebenslauf als Ausgangspunkt gehabt haben und die sie als die wichtigsten empfinden, gegeneinander zu stellen. Man muß vielmehr versuchen, über die Generationsunterschiede hinaus das zu verstehen, was in jener Zeit als gemeinsames Ziel angestrebt wurde. In diesem Sinne, glaube ich, sind wir nicht so sehr voneinander entfernt, wie das heute manchmal aussieht.

Jetzt nur ganz kurz zu etwas anderem. Ich habe das Ganze als politisch denkbaren Versuch, und zwar nur in der Tschechoslowakei, bezeichnet. Was Leszek Kolakowski betrifft, habe ich noch seinen Versuch in Erinnerung, den polnischen Schneeball zu braten, und zwar im Jahre 1956. Es entwickelt sich alles bei ihm, bei mir, bei allen, die wir da sind.

Noch eine Bemerkung, die die Russen betrifft. 1985 oder später schuf Gerassimow das Bonmot bezüglich der 19 Jahre. Das ist alles nicht so einfach. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß Alexander Nikolajewitsch Jakowlew – Sie haben ihn genannt – eine Aufzeichnung über seine Teilnahme an einer Sitzung im August 1968 in Prag als Berater des damaligen Politbüromitglieds Mazurow hat. Er hat mir, als ich ihm 1989 in Moskau zum erstenmal begegnet bin, erzählt, ohne sich zu schämen, daß er damals in Prag war und die revolutionäre Regierung nicht zusammenbringen wollte, weil einer der Genossen so betrunken war, daß er nicht mehr wußte, wo die Sitzung stattfinden sollte. Das hat er im Jahre 1989 witzig gefunden. Da sind die Unterschiede. Ich möchte das auch heute nicht alles auf eine Ebene gestellt sehen.

Es ist auch nicht so einfach mit dem, was Václav Havel gesagt hat. Sicherlich ist es so, daß nicht alles daran gemessen werden darf, ob Václav Havel damals – meiner Meinung nach gilt das aber auch heute – inmitten des Geschehens stand. Es ging doch darum, daß die Vertreter der Charta 77 – Havel und alle anderen – im Bewußtsein des Westens auch deshalb zu anerkannten Erscheinungen aufsteigen konnten, weil die Atmosphäre der Entspannung herrschte. Daß sie widersprüchlich war, da haben Sie recht. Aber es waren nicht nur die deutschen Politiker, die ein Treffen mit Havel oder mit Walesa

in Polen abgesagt haben. Das waren doch auch andere. Nennen sie einen englischen oder einen anderen Politiker, der sich damals mit Ihnen getroffen hätte.

(Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Doch! Gab es!)

Also bitte, da muß Objektivität herrschen.

Ohne diese Atmosphäre hätten alle Dissidenten – da waren Havel, Sabatova, ich und all die anderen noch zusammen – im Westen niemals das bedeuten und bewirken können, was diese Opposition nach 1977 immerhin bedeutet hat. All die Preise, die einige der damaligen Schriftsteller bekommen haben, waren doch auch Teil der Politik, die von den Vertretern der damaligen Entspannungspolitik bewirkt worden ist.

Ich möchte nur noch sagen, daß ich bei den Gesprächen mit Willy Brandt, die ich zu diesem Thema mehrmals mit ihm gehabt habe, gewarnt habe: Setzen sie nicht auf die Bilaks und die anderen, weil deren Macht vorübergehend ist. Es sieht nur so aus, als ob sie weiter Geschichte machen werden. Das war 1987. Sie haben das zwar zur Kenntnis genommen, haben sich aber sicherlich nicht immer daran gehalten. Das ist, wenn Sie so wollen, die Tragödie der Realpolitik. Die ehemaligen Realpolitiker hasse ich eigentlich; das gebe ich zu.

Abg. Meckel (SPD): Ich möchte mit einer persönlichen Bemerkung beginnen. Sie betrifft die persönliche Begegnung hier mit Zdenek Mlynar. Es war Ende der siebziger Jahre, als ich das erste Mal sein Buch „Nachtfrost“ in die Hand bekam, das hier schon angesprochen worden ist. Es hatte für mich damals eine große Bedeutung. Zum einen historisch, um über das, was 1968 passiert war, mehr zu erfahren, aber zum anderen in zwei weiteren Hinsichten. In erster Hinsicht war dieses Buch besonders wichtig, weil für jemanden, der in der DDR lebte, aus diesem Buch analog zu schließen war, wie auch innerhalb der DDR zwischen Partei- und Regierungsapparat Strukturen und Entscheidungsprozesse überhaupt liefen. Jedenfalls dafür, das, was man in der Zeitung gelesen hatte, besser einordnen zu können, war dieses Buch für mich ausgesprochen wichtig.

In zweiter Hinsicht hat dieses Buch für uns heute, glaube ich, eine große Bedeutung. Ich habe in seinem Buch die klare Ehrlichkeit hinsichtlich der Unterscheidung von drei Ebenen bewundert: der Ebene der Beschreibung dessen, was abgelaufen ist, der Ebene der Beschreibung dessen, was Zdenek Mlynar damals dachte, tat und weshalb er es tat, und der dritten Ebene, von den ersten beiden ganz klar unterschieden, die Meinung, die er im nachhinein zu den beiden Vorgängen hatte, sowohl zu den Ereignissen als auch zu seinen früheren Gedanken und Motiven. Gerade letzteres ist, glaube ich, etwas, was uns in bezug auf die Beschreibung der Fragen, die uns hier beschäftigen, insgesamt sehr guttut. Deshalb an dieser Stelle dieser persönliche Dank.